

### Was wird aus der Karl-Marx-Straße?

Neuköllns Grüne stellen ein Thesenpapier mit ihren Plänen vor; [Aktion! Karl-Marx-Straße] will junges und buntes Zentrum für Neukölln schaffen.

Seite 5

### Es geht voran...

Endlich mehr Personal für Berlins Jugendämter, über eine bessere Personalausstattung in Neukölln freut sich Jugendstadträtin Gabriele Vonnékold.

Seite 3

### Weltkulturerbe kommt nach Britz!

Hufeisensiedlung wird geadelt und ist nun in einem Atemzug zu nennen mit dem Kölner Dom und der Berliner Museumsinsel.

Seite 7

# Neuköllner Stachel

Bündnis 90/Die Grünen (Europäische Grüne Partei) in Neukölln

Nr. 166, September 2008

## Monitoring Soziale Stadtentwicklung:

# Neukölln vor sozialer Ausgrenzung

## Nord-Neukölln und der Britzer Norden mit höchster Problemdichte

**Fast jeder zweite Mensch im Norden Neuköllns lebt von Arbeitslosengeld oder Transferleistungen. 60 Prozent der Jugendlichen bis 25 Jahre beziehen Leistungen nach Hartz IV. Der Anteil nichtdeutscher Schüler und Schülerinnen an den Grundschulen beträgt 80 bis fast 100 Prozent. Von den migrantischen Kindern verlassen jedes Jahr 70 Prozent die Schule nach der Hauptschule oder mit gar keinem Schulabschluss und damit ohne jede Chance auf einen Ausbildungsplatz.**

Diese alarmierenden Zahlen sind dem Gutachten „Monitoring Soziale Stadtentwicklung Berlin 2007“ zu entnehmen, das Professor Dr. Harald Hartmut Häußermann von der Humboldt-Universität im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung erstellt hat. Danach wohnen prozentual die meisten Hartz IV-Empfänger Deutschlands im Norden Neuköllns. Hier gibt es mit 22 Prozent

mehr Kinder in Problemgebieten mit immer größeren Problemengängen weniger Problemen. Für Neukölln heißt das, dass es nicht gelungen ist, den Abwärtstrend in Quartieren mit hoher Problemkonzentration zu stoppen oder gar umzudrehen. Und während bislang davon ausgegangen wurde, dass die Gebiete mit der höchsten Konzentration von „Aus-

der Menschen infolge Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit, unzureichender Bildung sowie Armut nicht geringer. Deshalb ist es wichtig, für Neubritz, nach Abschluss der Sanierung in ein paar Jahren auch dort Maßnahmen der „sozialen Stadt“ zu installieren.

### Interventionsbedarf wissenschaftlich bestätigt

Das nun veröffentlichte Häußermann-Gutachten bestätigt die Erfahrungen der Neuköllner Quartiersmanagementgebiete nun auch wissenschaftlich. Ganz Nord-Neukölln bis hin zu Nord-Britz habe nun Interventionsbedarf durch flächendeckende Einrichtung von Quartiersmanagementgebieten. Zur Verbesserung der Lebenschancen der Menschen müssen die Bildungsangebote optimiert werden. Es bedarf der Unterstützung besonders auch migrantischer Kinder vor und während der Schule sowie Familienbildungsangebote. Es braucht bessere Programme zur Integration junger Menschen mit Defiziten in den Arbeitsmarkt.

### Perspektiven

Die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus, Franziska Eichstädt-Bohlig, hat zur Nachnutzung des Flughafentempelhof und zur Verbesserung der Situation in Neukölln eine soziale und ökologische Internationale Bauausstellung vorgeschlagen. Mit städtebaulichen Maßnahmen, die sich an den Bedürfnissen der Bewohner orientieren und mit diesen gemeinsam erarbeitet und umgesetzt werden, könnten Projekte angestoßen werden, die die Lebensperspektive der Menschen in Neukölln nachhaltig verbessern. Dazu wird am 26. September 2008 ein grüner „Ratschlag“ im Abgeordnetenhaus stattfinden. Für die Menschen in Neukölln ist zu hoffen, dass die Situation bereits vor einer möglichen Bauausstellung im Jahr 2017 deutlich besser wird.

Bertil Wewer



Carl-Weder-Park

Foto: jüb

die höchste Verschuldungsquote und 65 Prozent der Menschen leben unter der Armutsgrenze. Besonders erschreckend ist, dass die Kinderarmut von knapp 19 Prozent in 2001 auf fast 55 Prozent in 2006 gestiegen ist und im Norden Neuköllns Werte von knapp 74 Prozent erreicht werden. Damit ist Neukölln neben Wedding und Moabit ein Gebiet mit „höchster Problemdichte“ und hat mittlerweile sogar Kreuzberg „überholt“.

### Gespaltene Kindheit

Das Monitoring stellt eine „gespaltene Kindheit in Berlin“ fest: **Es gibt immer**

grenzungenstendenzen“ schon am S-Bahnringenden, stellt das Monitoring fest, dass diese Entwicklungen mittlerweile auch die „Verkehrszellen“ Thomasstraße und Buschkrugbrücke und damit auch den Norden von Britz bis hin zur Blaschkoallee umfassen. Dies ist von besonderer Bedeutung für das Sanierungsgebiet Wederstraße. Denn obwohl in fast fünfzehn Jahren durch städtebauliche Maßnahmen viel erreicht wurde, wie z.B. der Carl-Weder-Park, Verkehrsberuhigung, das Jugendberatungshaus, der Kulturbunker oder das Gewerbegebiet Juliushof, wurden deshalb die Nöte



Auch Einrichtungen wie das Neubritzer Jugendberatungshaus sollen die Ausgrenzungstendenzen stoppen...

Foto: jüb

## Neuköllns schöne Seiten

### Passage Neukölln

Eine Kulturinsel in der Karl-Marx-Straße



Foto: jüb

Den meisten Neuköllnern ist die Passage in der Karl-Marx-Straße wohl nur als Standort der Neuköllner Oper bekannt, weniger als auch historischer Durchgang zwischen der Karl-Marx-Straße und der Richardstraße.

Hier hatten der Architekt Reinhold Kiehl und als „Investor“ der Kaufmann Paul Dädlich 1909 die Idee, auf dem sehr schmalen Grundstück zwei fünfgeschossige Flügelbauten zu errichten, die eine öffentliche Ladenpassage mit Höfen einschließen sollten. Im gleichen Jahr noch eröffnete in der Passage das „Rixdorfer Gesellschaftshaus“ und in ihm als kleine Sensation das erste Kino, das „Excelsior Lichtspielhaus“. Nicht mal das ferne Berlin hatte so etwas zu bieten. Der Ballsaal im Gesellschaftshaus stand auch damals schon für die Musik- und Tanzbegeisterung der Rixdorfer...

Im Rahmen der zunehmenden Verstärkerung Rixdorfs zu Beginn der Jahrhundertwende erlangte die Passage als kommerzielles Zentrum eine große ortsgeschichtliche Bedeutung. Noch heute ist die Passage mit Einrichtungen wie der Neuköllner Oper oder - wie gehabt - einem Kino über die Grenzen Neuköllns als kulturelles Zentrum bekannt, auch wenn die von außen wahrnehmbare Attraktivität des Standortes in den letzten Jahren mehr und mehr verblasst ist.

Das soll sich nun ändern. Unter dem Motto „jung - bunt - erfolgreich“ strebt Neukölln eine Aufwertung der Karl-Marx-Straße als Hauptzentrum Berlins an. Die Initiative [Aktion! Karl-Marx-Straße], sie wird getragen von

zahlreichen Akteuren, Einzelhändlern, Eigentümern, Künstlern und Initiativen, hat sich die Aufwertung der Passage als Leuchtturmprojekt auserkoren.

Täglich benutzen mehr als 13.000 PassantInnen diese kurze Verbindung zwischen Karl-Marx-Straße und Richardstraße. Als Ergebnis eines Ideen-Wettbewerbs sollen sie künftig durch ein „differenziertes Beleuchtungskonzept“ intensiver auf den Kulturstandort Passage aufmerksam gemacht werden.

Der Innenhof der Passage wird in seiner Aufenthaltsqualität erheblich



Leuchtturm Passage

Foto: repro

aufgewertet, freundlich und hell soll er seine BesucherInnen begrüßen. Der Hof zur Richardstraße wird zum „Wohnzimmer“ der Passage, ein beleuchtetes Sitzmöbel unterstreicht diese Funktion.

Die Umgestaltung der Passage wird als Projekt der [Aktion! Karl-Marx-Straße] im Rahmen eines Förderprogramms „Städtebauliche Sanierung und Entwicklung“ durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung unterstützt. Und das Ergebnis: Hoffentlich eine weitere schöne Seite Neuköllns.

jüb

...übrigens:  
Der  
Neuköllner Stachel

ist auch online verfügbar:  
[www.gruene-neukoelln.de](http://www.gruene-neukoelln.de)

Michael Cramer, Mitglied des  
Europa-Parlaments:

## Bericht aus Brüssel



### Grünes Licht für grüne Korridore:

#### Güter umweltfreundlicher transportieren!

Der Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments hat einen Bericht vom 12. zum „Güterverkehr in Europa“ einstimmig beschlossen. Europas Bürgerinnen und Bürger leiden zunehmend unter der Last des wachsenden Güterverkehrs, vor allem auf der Straße. Die Zustimmung des Verkehrsausschusses zu meinem Bericht ist nun ein erster wichtiger Schritt, der LKW-Plage Herr zu werden. Mit den jetzt beschlossenen Vorschlägen hat die EU-Kommission nun klare Zielvorgaben bekommen für den Aktionsplan zum Güterverkehr, den sie im Herbst vorstellen will.

Mehr Substanz hat der Bericht der Idee der „grünen Korridore“ gegeben. Mit breiter Mehrheit hat sich der Ausschuss dafür ausgesprochen, Verkehr auf umweltfreundliche Verkehrsträger zu verlagern, um Unfälle, Staus, Lärm sowie Luftverschmutzung und Landschaftsverbrauch zu verringern. Eine wichtige Rolle sollen auch erneuerbare Energien spielen. In der Debatte um die Eurovignette heißt die klare Botschaft: Der stark umweltschädliche LKW-Verkehr darf nicht länger subventioniert werden.

Die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene bleibt zentrales Ziel. Aus diesem Grund fordert der Bericht, mindestens 40 Prozent der EU-Gelder für Verkehr in die Schiene zu investieren. In Europa werden nur etwa 17 Prozent der Güter mit der Bahn transportiert, im Highway-Land USA liegt der Anteil hingegen bei 40 Prozent. Die EU wird den wachsenden Güterverkehr nur dann bewältigen, wenn sie ihre Bahninfrastruktur verbessert.

Leider haben Konservative und Sozialdemokraten einen wichtigen Aspekt des Berichtes abgeschwächt: Die Aufforderung an die Kommission, die zehn größten Engpässe und Problemstellen im europäischen Schienengüterverkehr zu benennen, haben sie verhindert. Gerade eine solche Analyse ist notwendig, um die Schwachstellen im Bahnnetz schnell zu beheben und so größere Kapazitäten zu schaffen. Die EU-Kommission selbst hat diese Idee meines Berichts übrigens sehr begrüßt, und ich hoffe, dass wir bei der Abstimmung im Plenum hierfür noch eine Mehrheit erlangen werden.



### Zur Diskussion:

# Anonyme Geburt jetzt legalisieren

## Grüne fordern: Recht auf Leben besser schützen

Kürzlich veranstaltete der Landesverband der Grünen in Berlin ein Symposium zur Legalisierung der anonymen Geburt. Fachleute aus den Bereichen Politik, Rechtswissenschaften, Medizin und Ethik berieten einen Tag in der Tagungsstätte „Alte Schule“ in der Kastanienallee über die Möglichkeiten, die in der Bundesrepublik gängige Praxis, dass anonyme Geburten durchgeführt werden, auch rechtlich seriös zu verankern.

Alle kamen übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass eine solche Regelung dringend geboten sei, weil Hebammen und Ärzte, die oft Hilfe in größter Not leisten – wozu sie auch verpflichtet sind – nicht mit einem Bein im Gefängnis stehen wollen, was durchaus passieren kann.

Dies berichtete in der ersten Diskussionsrunde der stellvertretende Vorsitzende der deutschen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe e. V. (dggg), Prof. Dr. Klaus Vetter, aus seiner Praxis. Bereits zweimal stand der Staatsanwalt vor seiner Tür. Auch wenn die Verfahren jedes Mal eingestellt wurden, ein schaler Nachgeschmack blieb. In der ersten Gesprächsrunde diskutierte Prof. Dr. Vetter mit seinem Kollegen Prof. Dr. Rainer Rossi (Direktor der Klinik für Kinder- und Jugendmedizin) vom Vivantes Klinikum Neukölln und dem Rechtsanwalt Kurt Groenewold aus Hamburg. Die von der grünen Landesvorsitzenden Irma Franke-Dressler geleitete Diskussion kam zu dem Schluss, dass das, was nötig, auch rechtlich machbar ist.

Ob dies auch moralisch geboten ist, sollte in der zweiten Hälfte der Veranstaltung geklärt werden. Dort gab es mit dem katholischen Moralthologen Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl, dem Rektor der katholischen Hochschule für Sozialwesen und der hannoverschen Landesbischöfin Dr. Margot Käßmann ein hochkarätig besetztes Panel, das von mir moderiert wurde. Hier waren sich die evangelische und katholische Vertreter einig, dass dem angestrebten Gesetzentwurf nichts entgegen zu setzen sei. Ganz im Gegenteil, aus ihrem Verständnis heraus sei eine Initiative zur rechtlichen Regelung sehr zu unterstützen.

Große Einigkeit also bei den TeilnehmerInnen und einem großen Teil der BesucherInnen. Das Symposium war eine Nachfolgeveranstaltung der letztjährigen Plakataktion „Aktion Babyklappe“, die in Zusammenarbeit

mit dem Medienunternehmer Hans Wall stattfand und eine große Resonanz in der Bevölkerung hatte. Die Themen Babyklappe und anonyme Geburt sind inhaltlich eng verknüpft, so dass nach Beendigung der „Aktion Babyklappe“ der Wunsch entstand, auch das Thema anonyme Geburt noch einmal inhaltlich aufzubereiten. Wir konnten dafür die ehemalige Koordinatorin der Berliner Babyklappen Ursula Künning gewinnen, die zur Zeit ihre Doktorarbeit zu diesen Themen verfasst.

Die anonyme Geburt ist ein Angebot für das Überleben von Kindern, deren Mütter sich in schweren Konflikt- und Überforderungssituationen befinden.



TeilnehmerInnen am Symposium (v.l.):  
Dr. Margot Käßmann,  
Prof. Dr. Klaus Vetter,  
Irma Franke Dressler,  
Prof. Dr. Rainer Rossi,  
Anja Kofbinger (MdB),  
Hiltrud Breyer (MdB),  
Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl;

Foto: Andre Stephan

Die körperliche Unversehrtheit der Mutter wird geschützt durch eine medizinisch gesicherte Betreuung während der Geburt. In einer extremen Notsituation kann die anonyme Geburt ein letzter Ausweg sein. Alle anderen Hilfsangebote wie z. B. Schwangerenkonfliktberatung und Beratung zur Adoption werden auch von Bündnis 90/Die Grünen vorrangig unterstützt. Besonderes Augenmerk ist auch bei der anonymen Geburt auf die Beratung der Mutter, bzw. der Eltern zu legen. Schon jetzt entscheidet sich jede zweite Mutter nach einer anonymen Geburt für ihr Kind. Dieser Anteil ist durch eine qualifizierte Beratung noch zu erhöhen.

Trotz umfassender Hilfsmöglichkeiten fühlen sich einige Eltern mit der Geburt eines Kindes subjektiv so sehr

überfordert, dass sie zerstörerische Handlungen wie z. B. die Aussetzung oder Tötung des Kindes nicht mehr ausschließen. Dass es Eltern gibt, die für sich keine andere Lösung finden, beweisen die schlimmen Nachrichten über das Auffinden getöteter Kinder in Blumenkästen oder anderen Behältnissen. MedizinerInnen wollen ihrem ärztlichen Auftrag gemäß Leben retten und bewahren, unter anderem auch mit der anonymen Geburt. Doch das erfordert klare rechtliche Regelungen. Daher finde ich es richtig, dass Abgeordnete aller Fraktionen des Bundestages in den nächsten Monaten die anonyme Geburt rechtlich regeln

wollen. Ziel muss es sein, dass Kinder, deren Mütter in einer Notsituation sind, überleben können. Der europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat die in Frankreich geltende Regelung der anonymen Geburt bestätigt. Ein entsprechender Gesetzentwurf muss auch in Deutschland auf den Weg gebracht werden und darf nicht wieder - wie in der letzten Legislaturperiode - scheitern. Die beiden Grundrechte, die berührt werden, einerseits das Recht auf Kenntnis der Abstammung, andererseits das Recht auf Leben, stehen hier in Konkurrenz. Das Recht auf Leben ist das höhere, weil höchste Gut.

Anja Kofbinger,  
frauenpolitische Sprecherin der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im  
Abgeordnetenhaus von Berlin.

## Kein Konzept gegen Rechtsextremismus

Ein vom Berliner Senat vorgestellter Bericht „Berliner Zustände 2007 - ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ zeigt, dass die Zahl der alltäglichen Übergriffe mit rechtsextremem, rassistischem und antisemitischem Hintergrund höher ist, als es die offiziellen Zahlen der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) angeben.

Dazu erklärt Clara Herrmann, Sprecherin der grünen Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus für Strategien gegen Rechtsextremismus: Auch wenn insgesamt die Taten mit rechtsextremistischem Hintergrund zurückgegangen sind, ist das kein Grund zur Entwarnung. Nach Statistiken der Opferberatungsstelle ReachOut ist, anders als in der PKS, der Szenebezirk Friedrichshain auch im Jahr 2007 der Stadtteil mit der höchsten

Zahl rechtsextremer Gewalttaten (24). Zu dem attackieren rechts-extreme Gewalttäter auch zunehmend gezielt Personen, meist Jugendliche aus der linken Szene. Der Bericht kritisiert insbesondere die Bundesförderung. Ein Programm, das nur auf kurzzeitige Intervention angelegt ist, ist kontraproduktiv. Vielmehr gilt es, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus als Gefährdung der demokratischen Grundwerte und Menschenrechte langfristig und dauerhaft zu bekämpfen. Hier sollte sich auch die Politik mehr



engagieren. Nötig ist eine permanente öffentliche Auseinandersetzung mit der rechtsextremen NPD, damit diese mit ihrer Normalisierungsstrategie in den Bezirken und auf Landesebene keinen Erfolg hat.

Auch auf Landesebene gibt es Handlungsbedarf. Der Bericht macht deutlich, dass die Zusammenarbeit mit den Behörden (u.a. LKA, Verfassungsschutz) noch weiter zu verbessern ist. Es gibt kein abgestimmtes Gesamtkonzept gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus auf Senatsebene und mit den Bezirken. Die unterschiedlichen Zuständigkeiten der drei Senatsverwaltungen (Inneres, Bildung und Integration), die jeweils ihre eigenen Ziele verfolgen, behindert häufig die Arbeit der Projekte vor Ort. Dies muss beendet werden.

Aus grüner Presseerklärung

## Grüne Positionen... Aufklärung statt Verklärung der DDR

2009 werden wir 60 Jahre Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland feiern ebenso wie 20 Jahre Mauerfall. Wenn Berlin das kommende Gedenkjahr selbstbewusst begehen will, brauchen wir Aufklärung statt Verklärung der DDR-Diktatur. Das zunehmende Unwissen über das totalitäre Unrechtsregime der SED ist erschreckend.

Die SED-Diktatur wird immer mehr verklärt, statt das gesellschaftliche Bewusstsein über Unrecht, Unfreiheit und Verfolgung unter dem DDR-Regime zu wecken und zu stärken. Für diese Entwicklung trägt Rot-Rot ein gerüttelt Maß an Mitverantwortung. Die Linkspartei als Nachfolgepartei der SED tabuisiert, legitimiert und entschuldigt fortgesetzt ihre eigene Verantwortung unter Ulbricht und Honecker. Die SPD ihrerseits legitimiert als Koalitionspartner dieses Verhältnis stillschweigend. Dies muss sich ändern. Ich fordere die SPD auf, einen breiten öffentlichen Diskurs mit der Linkspartei zu organisieren über das Leid und die vielfältigen Unterdrückungsmechanismen, die das SED-Regime den Menschen in der DDR und in Berlin angetan hat. Franziska Eichstädt-Bohlig



Bezirksgruppe Neukölln, Kontakte:  
Vorstandssprecher:  
Jochen Biedermann,  
Tel: 0163 2891707  
Postadresse: Bündnis 90/Die Grünen,  
Postfach 440629, 12006 Berlin

Internet:  
http://www.gruene-neukoelln.de  
Mail: vorstand@gruene-neukoelln.de  
Bezirksgruppe:  
Alle 14 Tage dienstags um 19 Uhr, in der Geschäftsstelle der Grünen, Berthelsdorfer Str. 9 (nächsten Termin bitte telefonisch erfragen).

Kontakttelefone  
Ausländerpolitik/Immigration und Jugend, Kinder, Schule:  
Susanna Kahlefeld, 687 82 12  
Stadtentwicklung, Grünflächen:  
Jürgen Biele, 663 56 40  
Frauen:  
Carola Scheibe-Köster, 68 09 27 73  
Gesundheit, Umweltschutz:  
Gabriela Gebhardt 603 77 54  
Homepage der Bezirksgruppe:  
Jochen Biedermann, 0163 2891707  
Soziales und Verkehr:  
Bernd Szczepanski, 625 72 54  
Wirtschaft:  
Peter Klopp, 61303985



Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen,  
Bezirksgruppe Neukölln

Verantwortlicher Redakteur i.S.d.P.:  
Jürgen Biele (jüb),  
Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:  
Gabriela Vonnekold, Michael Cramer,  
Bertil Wever, Bernd Szczepanski.  
Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion bzw. von Bündnis 90/Die Grünen in Neukölln wieder. Für mit vollem Namen gezeichnete Beiträge übernimmt der jeweilige Autor die Verantwortung.  
Redaktionsadresse: Neuköllner Stachel, Bündnis 90/Die Grünen Neukölln, Berthelsdorfer Straße 9, 12043 Berlin  
Anzeigenleitung:  
Gabriela Gebhardt, 603 7754,  
Mail: gabi.gebhardt@snauf.de

# Grüne Randnotizen aus der Bezirksverordnetenversammlung

## Radio Multikulti muss bleiben

Mit einer von großer Mehrheit getragenen Entschließung forderte die BVV Neukölln in ihrer letzten Sitzung vor der Sommerpause „den Erhalt von Radio Multikulti“. Sie sei bestürzt über die Ankündigung des Rundfunkrates des rbb, dieses einmalige Programm zum Jahresende einzustellen. Radio Multikulti leiste mit seinem Programm in 21 verschiedenen Sprachen wertvolle Beiträge für die Integration in unserer Region, bekräftigten die Bezirksverordneten und erinnerten daran, dass dieses Programm 1994 auch als Antwort auf die Welle rassistischer Anschläge in Mölln, Solingen, Rostock und Hoyerswerda ins Leben gerufen wurde. Die CDU-Fraktion, die eine Entschließung als „das falsche Instrument“ ansah, enthielt sich bei der Abstimmung, FDP und (wen wundert's!) der NPD-Verordnete stimmten gar dagegen!



## Autofreie Zone Alt-Rixdorf?

In einer Mündlichen Anfrage der CDU stellte der Bezirksverordnete Conrad Clemens „besorgt“ diese Frage und wollte wissen, ob durch die Ergebnisse der Bürgerbefragung zur Umgestaltung des Böhmisches Dorfes, die den Anwohnern am 3. Juli vorgestellt worden waren, „ursprüngliche Überlegungen von Straßensperrungen im Bereich des Richardplatzes oder gar ein autofreies Böhmisches und Deutsches Dorf“ damit vom Tisch sind.

Baustadtrat Thomas Blesing (SPD) beantwortete diese Frage mit einem klaren Nein. Die vorgestellten Planungsvarianten seien erst ein Zwischenstadium und noch nicht abgeschlossen oder gar endgültig. Nach der Sommerpause würden sich alle Beteiligten, auch die Fachausschüsse der Neuköllner BVV, nochmals dazu äußern. Eine Entscheidung sei nicht vor Jahresende zu erwarten.

## Berlin stärkt seine Zentren

Die Fraktionsvorsitzende der Linken, Dr. Sylvia Stelz, wollte in einer Mündlichen Anfrage wissen, wie es zum Wettbewerbserfolg der [Aktion! Karl-Marx-Straße] beim Bund-Länder-Förderprogramm „Aktive Stadtzentren“ kam und wie es die Umsetzung des Projektes befördern wird. Dazu Stadtrat Blesing: Im Wettbewerb um die Aufnahme von Zentren ins neue Förderprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ wurden Konzepte für 17 Berliner Zentren eingereicht. Ein von der Abteilung Bauwesen

eingebrahtes Entwicklungskonzept [Aktion! Karl-Marx-Straße] wurde ab 2009 in die Förderung zur Realisierung aufgenommen. Konkrete Mittelzusagen gebe es jedoch noch nicht. Als ersten sichtbaren Erfolg der Neuköllner „Aktionspläne“ nannte Blesing das geplante „Beleuchtungskonzept“ für die Passage in der Karl-Marx-Straße.

## Streik im öffentlichen Dienst

Mit welchen Maßnahmen will das Bezirksamt sicherstellen, dass die Ordnungsämter und auch andere bestreikte Dienststellen ihre Dienste für die Neuköllner Bürger weiterhin gewährleisten können, fragte für die Fraktion der Grauen Wolfgang Rühlmann. In seiner Antwort versicherte Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky, dass spezielle Maßnahmen nicht erforderlich seien, da „nur 25 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter streiken“ und somit „die Aufgabenwahrnehmung gesichert“ sei. Dennoch sei zeitweise nur das Bürgeramt im Rathaus Neukölln für alle Aufgaben gerüstet. Aber, so Buschkowsky, „Beeinträchtigungen sind schließlich das Ziel eines Streikes“! Die Stadträtin für Bürgerdienste und Gesundheit ergänzte: Wegen verbaler Angriffe auf nicht-streikende Mitarbeiter sei auch schon ein Wachschutz in die Donaustraße gerufen worden.

## Beschlussempfehlungen

Auf Antrag der Grünen beschloss die BVV einer Empfehlung der Ausschüsse für Naturschutz und Grünflächen und Stadtentwicklung zu folgen, und „zu prüfen, welche Neuköllner Kleingartenkolonien planungsrechtlich gesichert werden können.“

Und auch Hanna Schumacher (Grüne) hatte mit ihrem Antrag, „Quartiersmanagements über Planungsentscheidungen, insbesondere Baupläne, städtebauliche Rahmenpläne, wie Erhaltungsverordnungen und Verkehrsberuhigungsmaßnahmen rechtzeitig zu informieren“, Erfolg: Die Ausschüsse für Stadtentwicklung und Verwaltung und Gleichstellung empfahlen der BVV die Annahme des Antrages, und die folgte dem Votum, nur die FDP stimmte mit Nein.

Bei der Beurteilung des Rauchverbotes war sich die BVV uneins. In geheimer Abstimmung (!) wurde mit 32 Ja- und 15 Nein-Stimmen

gefordert, „inhabergeführte Einraumeckneipen vom Rauchverbot auszunehmen“ und mit 29 Ja- und 18 Nein-Stimmen gar verlangt, das Nichtraucherschutzgesetz zu lockern und den Gaststättenbetreibern selbst zu überlassen, den Nichtraucherschutz umzusetzen.

## Parteiveranstaltungen in Kitas

Eine Große Anfrage der SPD befasste sich mit dem Genehmigungsverfahren bei privaten oder politischen Veranstaltungen in Kitas. Hintergrund: In einer Rudower Kita fand Ende Juni ein sogenannter Gesundheitstag statt. Als Veranstalter outete sich auf der letzten Seite eines Flyers die CDU Rudow, gemeinsam mit dem Freundesverein der Kita. Das fand die SPD unerhört, zumal der Eigenbetrieb Südost der Kitas nur in letzter Minute informiert und um Genehmigung gebeten wurde. Die Neuköllner Jugendstadträtin Gabriele Vonnkold (Grüne) beantwortete die SPD-Anfrage formal korrekt mit dem Hinweis, dass in solchen Fällen Anträge zur Raumvergabe an die Verwaltung des Eigenbetriebes zu stellen sind und gegebenenfalls eine Nutzungsvereinbarung abzuschließen ist. „Das Bezirksamt betrachtet es nicht als statthaft“, wenn in der Werbung für Parteiveranstaltungen Amts- und Dienstbezeichnungen von Angehörigen des Bezirksamtes verwendet werden.

Diese formale Antwort der Jugendstadträtin konnte die SPD-Fraktion jedoch nicht beruhigen: Der Fraktionsvorsitzende Jürgen Koglin warf der CDU vor, hier hätte eine „Parteiveranstaltung nach Gutsherrenart“ stattgefunden. Sein Vorwurf an die Neuköllner Gesundheitsstadträtin Stefanie Vogelsang (CDU): Sie hätte die Veranstaltung als Gesundheitsstadträtin machen sollen und nicht als Neuköllner CDU-Vorsitzende. Der Rudower CDU-Bezirksverordnete Felix Kulick keilte zurück: Die SPD wollte eine Veranstaltung torpedieren, die sie selbst in Rudow „nicht zustande gebracht“ habe.

## Einbürgerungen in Neukölln

Welche Erfahrungen das Bezirksamt mit dem neuen Einbürgerungsrecht gemacht habe, wollte die CDU mit einer Großen Anfrage erkunden, und welche Einschätzung es zu den Einbürgerungstests hat. Aus der Antwort der zuständigen Stadträtin Vogelsang: Jetzt werden Jugendliche, die sich nicht um Bildung und Ausbildung kümmern nicht mehr privilegiert und für kriminelle Jugendliche wird es schwer, eingebürgert zu werden. Zu den Tests: Der Fragenkatalog umfasst 310 Fragen. Daraus werden dem „Einbürgerungswilligen“ 30 Fragen vorgelegt, von denen er 17 richtig in 60 Minuten beantworten muss. Vogelsang selbst schaffte (nach eigenen Aussagen) 200 Fragen in 20 Minuten zu beantworten (richtig hoffen wir!). Schüler mit Abschluss müssen übrigens den Test nicht ablegen, um Deutscher zu werden. Die Zahlen der Einbürgerungen in Neukölln, so die Stadträtin, sind leicht rückläufig. jüb



## Die Neuköllner Jugendstadträtin hat das Wort:

# Es geht voran...

## Etappensieg für die Berliner Jugendämter im Kampf um ausreichendes Personal

von Gabriele Vonnkold



Dadurch wird die Personalausstattung der Aufgabenfülle zwar immer noch nicht wirklich gerecht, aber in den Jugendämtern muss immerhin nicht mehr befürchtet werden, dass in nächster Zeit „der Letzte das Licht ausmacht“.

Erreicht werden konnte die Vereinbarung durch die Einigkeit aller Bezirke, die dem Senat gegenüber mit einer Stimme auftraten und für ihr Anliegen eine breite öffentliche Unterstützung organisieren konnten. Diese Einigkeit muss weiter bestehen bleiben, wenn es darum geht, nicht nur die Sicherung des Status quo, sondern echte Verbesserungen für die Ausstattung der Jugendämter zu erreichen, die sie in die Lage versetzen, ihre Pflichten zum Schutz und zur Förderung aller Kinder und Jugendlichen auch wirklich zu erfüllen.

Nach langem zähen Ringen ist es gelungen, eine Vereinbarung mit der Senatsverwaltung zu erzielen, die den Jugendämtern einen begrenzten Einstellungskorridor eröffnet, um Sozialarbeiter für den Kinderschutz einzustellen. Damit kann gesichert werden, dass freie und jetzt schon bekannte freiwerdende Stellen nachbesetzt werden können. Die sich bisher immer schneller drehende Abwärtsspirale in den Sozialarbeiterteams kann zunächst gestoppt werden.

Bisher konnte immer häufiger für ausscheidende Kolleginnen und Kollegen kein Ersatz geschaffen werden, da kein ausreichend qualifiziertes Personal im Stellenpool des öffentlichen Dienstes vorhanden war und Außeneinstellungen kaum genehmigt wurden. So wurden die Teams trotz steigender Aufgaben durch die stetig steigende Zahl von Kindern, Jugendlichen und Familien, die dringend Hilfe und Unterstützung brauchen, immer kleiner. Damit war klar, dass rechtzeitige Beratung und frühzeitiges Eingreifen kaum noch zu leisten waren, sondern die vorhandenen knappen Kapazitäten in erster Linie eingesetzt werden mussten, um den gravierendsten Fällen nachzugehen. Die jetzt erreichte Regelung sieht vor, dass die Bezirke 58 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Stellenpool übernehmen müssen und danach in 2008 und 2009 für die Besetzung freier Stellen in den regionalen Sozialen Diensten 90 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von außen einstellen dürfen.

Senat und Abgeordnetenhaus definieren ständig neue Aufgaben und Qualitätsstandards in der Kinder-, Jugend- und Familienarbeit, die auch von den Bezirken als sinnvoll und notwendig begrüßt werden. Gleichzeitig steigt jedoch die Zahl der Familien, die nicht mehr in der Lage sind, ihre Kinder ohne Beratung und Unterstützung gut zu erziehen und aufwachsen zu lassen. Überforderung von Eltern, Gewalt in Familien und Vernachlässigung von Kindern werden in immer größerer Zahl und krasserer Form bekannt. Eine steigende Zahl von Kindern und Jugendlichen wird immer früher und massiver gewalttätig und kriminell.

Um all diesen Herausforderungen gewachsen zu sein, benötigen die Jugendämter dringend einen deutlichen Personalzuwachs. Denn wenn Berlin seine Zukunft nicht verspielen will, darf kein Kind verloren gehen. Dies trotz der knappen Berliner Kassen durchzusetzen wird noch ein langer mühsamer Weg sein, der alle Kraft und vor allem die Einigkeit der Bezirke erfordern wird.

Aber wenn der Weg auch beschwerlich ist, ist es gut, eine Etappe erreicht zu haben.

Dies ist gelungen und macht Mut für die Zukunft. Es geht voran...

# Kinderrechte in die Verfassung

Elfi Jantzen, familienpolitische, und Clara Herrmann, jugendpolitische Sprecherin der Grünen im Abgeordnetenhaus fordern, Kinderrechte in die Verfassung von Berlin aufzunehmen:

Bündnis 90/Die Grünen begrüßen, dass Senator Zöllner und Rot-Rot sich für die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland stark machen. Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung ihrer Persönlichkeit, Beteiligung, gewaltfreie Erziehung und den Schutz vor Gewalt und Vernachlässigung. Die Aufnahme dieser Kinderrechte ins Grundgesetz ist überfällig. Aber wir fordern den rot-roten Senat auf, sich genauso auch für die Aufnahme der Kinderrechte in die Berliner Verfassung einzusetzen. Ein entsprechender Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen liegt dem

Parlament seit Mai letzten Jahres vor. In einer Anhörung wurde deutlich, dass die Kinderrechte deutlich gestärkt werden müssen. Jetzt sind die anderen Fraktionen am Zug, unsere Gesetzesinitiative zu unterstützen und die Kinderrechte auch in der Berliner Verfassung zu verankern.

In dem Antrag „Gesetz zur Änderung der Verfassung von Berlin - Aufnahme von Kinderrechten“ heißt es u.a. „Jedes Kind hat ein Recht auf Achtung seiner Würde als eigenständige Persönlichkeit und auf besonderen Schutz von Staat und Gesellschaft. Diese achten und sichern deren Rechte, tragen für altersgerechte Lebensbedingungen Sorge und fördern deren Anlagen und Fähigkeiten.“

## Bahnagentur Schöneberg

### Reisetreff



Bahnfahrkarten europaweit  
Beratung und Verkauf gebührenfrei  
Suche nach den jeweils besten Preisen und Verbindungen  
Bahnspezialist für Frankreich  
Reisetreff mit Sitzecke, Reiseliteratur und Landkarten  
Tipps für Reisen nach Osteuropa und die GUS  
Fahrkartenbestellung per Telefon, Fax oder e-mail

Crellestraße 7 10827 Berlin 030 76768398

www.bahnagentur-schoeneberg.de

## EU-Grünbuch „Stadtverkehr“

### Aber konkrete Maßnahmen: Fehlanzeige!

Von Michael Cramer, verkehrspolitischer Sprecher der Grünen im Europäischen Parlament

Europas Städte bleiben auf sich allein gestellt, wenn sie ihre Verkehrspolitik umweltfreundlich umbauen wollen. Das ist die schlechte Nachricht, die die EU derzeit aussendet. Statt einen konkreten und hilfreichen Rahmen für die Ballungsräume in den 27 Mitgliedsstaaten zu schaffen, hat sich die Mehrheit der Abgeordneten für ein seichtes Papier entschieden.

Grüner soll's werden, weniger Lärm geben und mehr Lebensqualität. Wie das geschehen soll, dazu halten sich die Verkehrspolitiker ebenso bedeckt wie zuvor die EU-Kommission, die den ganzen Prozess mit ihrem Grünbuch „Hin zu einer neuen Kultur der Mobilität in der Stadt“ angestoßen hat.

Nun könnte man fragen, was sich die EU überhaupt darum schert, wie die Städte in Europa ihre Verkehrsprobleme lösen? Will hier das „ferne Brüssel“ mal wieder regulieren, wo man doch vor Ort am besten entscheiden kann? Gerade deutsche Länder und Städte - allen voran die Bayern - haben diese Frage kritisch gestellt. Für sie ist es ein klarer Eingriff in die Subsidiarität, nach der die europäische Ebene nur dann aktiv wird, wenn lokale oder nationale Politik der Sache allein nicht Herr werden kann. Die Kritiker der EU-Initiative können sich nun beruhigt

zurücklehnen. Sie bleibt so beliebig, dass sie nichts ändern wird.

### Staus, Lärm und Luftverschmutzung - Europas Städte leiden

Dabei wäre europäisches Handeln dringend geboten. Acht von zehn EU-Bürgern leben in Städten - und sie leiden fast überall unter denselben Problemen: Staus, Unfälle, Lärm und Luftverschmutzung. Auch im Kontext des Klimawandels spielen die Städte eine zentrale Rolle. Der Verkehr ist hier für rund 40 Prozent aller CO<sub>2</sub>-Emissionen und 70 Prozent aller Treibhaus-Gase verantwortlich. Es wird der EU nicht gelingen, die eigenen Klimaschutzziele zu erreichen, wenn Verkehr nicht verringert und vom Auto auf Bahn, Bus, Radfahren und Zu-Fuß-Gehen umgestiegen wird. Allein mit diesen Zahlen auf den engen Zusammenhang im Parlamentsbericht



hinzuweisen, ging der Mehrheit der Abgeordneten aber schon zu weit. Auch konkrete Maßnahmen bleiben Fehlanzeige, so etwa der Vorschlag, die Verkehrssicherheit in den Städten durch ein generelles „Tempo 30“ zu erhöhen (mit Möglichkeit der Städte, eigenständig für bestimmte Straßen höhere Geschwindigkeiten auszuweisen). Sinnvoll wäre auch, die EU-Gelder nur dann zu gewähren, wenn Städte einen nachhaltigen Mobilitätsplan vorlegen können. Derzeit werden 60 Prozent der EU-Gelder im Verkehrsbereich für

Straßenprojekte eingesetzt, nur 20 Prozent gehen in den Öffentlichen Nahverkehr und die Schiene. Unwissenheit und Unwillen kommen da oft zusammen: So hat der rot-rote Senat in Berlin immer wieder erklärt, die EU gebe kein Geld für Busse und Bahnen. Das ist schon jetzt nicht richtig.

### Grüne Initiative

Das EU-Parlament hat sich auf Initiative der Grünen schon im letzten Jahr dafür ausgesprochen, dass künftig mehr Geld in die Schiene fließen soll, mindestens 40 Prozent der EU-Kofinanzierung. Doch auch diese konkrete Maßgabe wird im Grünbuch „Stadtverkehr“ nicht auftauchen.

Die Städte müssen ohne Unterstützung der EU für ein Mehr an Umwelt- und Klimaschutz sowie Verkehrssicherheit sorgen. Viele sind dabei schon auf gutem Wege. Die EU hat leider die Chance verpasst, ihnen dabei zu helfen und jenen, die ihre Hausaufgaben noch immer nicht gemacht haben, deutliche Zielvorgaben zu setzen.



## Autohandel in Neukölln

### Eine Zumutung für Anwohner

Seit Monaten beklagen Anwohner am Tempelhofer Weg die Auswirkungen des dortigen Autohandels, die die Wohnqualität im ansonsten ruhigen Wohngebiet entlang dem Teltowkanal massiv beeinträchtigen.

Bereits in den frühen Morgenstunden beginnt geräuschvoll die Verlade-tätigkeit, Probefahrten und Bremsentests mit überhöhter Geschwindigkeit in Tempo-30-Straßen sind an der Tagesordnung und das Kanalufer wird mangels anderer Gelegenheit als Toilette benutzt.



Autohandel am ehemaligen Güterbahnhof Neukölln Foto: jüb

Die Verladevorgänge am Tempelhofer Weg behindern stark den fließenden Verkehr, erschweren das Überqueren der Straße und beeinträchtigen die Verkehrssicherheit.

Der Ausschuss für Verkehr und Tiefbau der BVV Neukölln hat bereits zwei Veranstaltungen mit den Anwohnern durchgeführt und dazu auch Polizei, Ordnungsamt und die Verwaltung der beteiligten Bezirke eingeladen. Leider konnte trotz vieler Maßnahmen der Behörden den Beschwerden bisher nicht wirklich abgeholfen werden. Es wurde eine neue Einfahrt neben dem Lidl-Parkplatz geschaffen, um die Situation zu entschärfen, allerdings wurden dafür der Gehweg und der Radweg mit einer Asphaltmasse übergossen, die ein ordnungsgemäßes Befahren des Radweges verhindert und für gehbehinderte Fußgänger eine Gefahr darstellt. Nicht genug also, dass eine Lösung am Tempelhofer Weg noch in den Sternen steht, nun hat sich auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs Neukölln an der Ringbahnstraße ein weiterer Autohandel etabliert, der sich

### Grüne Abgeordnete nehmen Stellung:

Von Andreas Otto, wohnungspolitischer Sprecher:

### Soziale Mischung überall nötig

Auch in der Innenstadt muss es für verschiedene Einkommensschichten Wohnungen geben. Dazu muss Berlin über die landeseigenen Wohnungsgesellschaften beitragen. Für ein gedeihliches Miteinander ist ein Mindestmaß an sozialer Mischung in allen Bereichen der Stadt nötig. Ein Abkippen von Stadtteilen wäre verheerend. Eine jetzt vorgestellte Studie zur Mietenentwicklung in Berlin zeigt deutliche Steigerungen in den Innenstadtbezirken. Jeder Umzug in den nachgefragten Bereichen führt zu einem Mietensprung. Die hohe Fluktuation und der ungebrochene Trend zur Singlewohnung sind zwei Bewegungen, die die Preise bei Neuvermietungen deutlich ansteigen lassen. Mehreinnahmen dürfen nicht ohne Gegenleistung bleiben. Das Geld muss in die energetische Ertüchtigung der Gebäude investiert werden.

## 50 Jahre Gartenarbeitsschule

### August-Heyn-Gartenarbeitsschule in Britz feiert ihren Geburtstag mit einem „Tag der offenen Tür“

In der Fritz-Reuter-Allee 121 ist am 20. September 2008 ab 11 Uhr toll was los. Die August-Heyn-Gartenarbeitsschule lädt Freunde und Förderer zu einer Geburtstags-Fete ein: „Tag der offenen Tür“ zum 50. Geburtstag. Neben einem bunten Bühnenprogramm Neuköllner Grundschulen gibt es Führungen durch das über drei Hektar große Gelände mit Teichen und Hochbeeten, Tastpfad der Sinne, Gewächs- und Bienenhaus, hin zu den schuleigenen Schafen und der mongolischen Kaiserjurte. An verschiedenen Marktständen gibt es Obst und Gemüse aus dem eigenem Schulgarten sowie selbst gemachte Marmelade und frisch gebackenes Brot aus dem Lehmofen. Für das leibliche Wohl sorgen Kaffee und lecker Kuchen sowie „zauberhafte“ Grillwürste. Bei der durch viele Firmen, Organisationen und Einzelpersonen gesponserten Tombola des Fördervereins gewinnt garantiert jedes Los.

Die Idee der Gartenarbeitsschulen entstand bereits um 1914 in Neukölln. Auf Initiative von August Heyn forderte der Neuköllner Lehrerverein, Öd- und Bauland von Jungen und Mädchen gärtnerisch bearbeiten lassen zu dürfen. Damit sollte einerseits im Sinne der Reformpädagogik aus der reinen „Buchsche“ eine Arbeits- und Lebensschule werden und andererseits

Buchenau im Magistrat Berlins einen Beschluss durchzusetzen, am 1. April 1920 die erste Gartenarbeitsschule am Teltowkanal zu eröffnen. August Heyn wurde Rektor der 5. Gemeindeschule am Mariendorfer Weg und damit Leiter der Gartenarbeitsschule.

Durch diese neue Art des Unterrichts verbrachten die Schüler bis zu zehn Stunden pro Woche in der

Lebenswelt und Nöten. Heute würde das „fächerübergreifender Unterricht“ genannt. August Heyn sagte: „Wir brauchen Menschen mit sozialem Empfinden“. Bis 1923 entstanden allein in Neukölln insgesamt sieben weitere Gartenarbeitsschulen: In der Chaussee- und der Wussowstraße in Britz, in der Geygerstraße, Saalestraße und Donaustraße sowie neben der Rütli-Schule und am Körnerpark. Während des Nationalsozialismus wurden die Gartenarbeitsschulen im Sinne „völkischer“ Heimatkunde pervertiert.

Nach dem 2. Weltkrieg mussten die meisten Gartenarbeitsschulen in Berlin der großen Bauplatznot weichen. Doch in Neukölln wurde im April 1958 auf den Äckern des ehemaligen Rittergutes in Britz die Nachfolgerin der Gartenarbeitsschule gegründet. Anfangs bestand sie nur aus einem Holzgebäude mit einem Klassenraum und einem Büro. 1963 wurde das heutige Schulgebäude errichtet, das 1994/95 grundlegend saniert und erweitert wurde.

Heute nutzen ganzjährig über 30.000 Neuköllner Schülerinnen und Schüler sowie Kita- und Hortkinder das Angebot der Gartenarbeitsschule, um verantwortungsvollen Umgang mit der Natur zu erleben. Durch praktische Arbeit und die Übernahme von Verantwortung für Lebensräume lernen die Jungen und Mädchen, dass der Mensch direkt in die ihn umgebenden Ökosysteme eingreift und von den Folgen unmittelbar betroffen ist.

So leben die Reformideen von August Heyn noch heute in Neukölln weiter. Mit Anbau von Obst und Gemüse sowie der Aufzucht von Kleinvieh wie Karnickeln hat er einst die Not Neuköllner Kinder gemindert. Aber es wird wohl immer sein pädagogisches Geheimnis bleiben, wozu damals auch Tabak angebaut und Holundermost zubereitet wurde. Bertil Wewer



Es geht rund in der August-Heyn-Gartenarbeitsschule

Fotos: jüb

dem Hunger der Kriegsjahre begegnet werden. Ab 1915 wurden die ersten „Kriegskolonien“ oder „Schulkolonien“ eingerichtet. Nach dem 1. Weltkrieg gelang es August Heyn zusammen mit Fritz Karsen und anderen Schulreformern sowie dem damaligen Stadtschulrat Dr. Arthur

Gartenarbeitsschule. Es wurde Naturkunde gelehrt und Turnunterricht abgehalten und gespielt. Durch die Lage am Teltowkanal konnte gebadet und das Wirtschaftsleben auf dem Wasser beobachtet werden. Durch Gespräche mit den Schiffen erfuhren die Schüler auch von deren

### Letzte Meldung:

Stadtrat Blesing berichtete in der letzten Sitzung des Verkehrsausschusses, dass Verhandlungen über die Kündigung des Generalpächters des Autohandelsgeländes durch Thyssen-Krupp vor dem Gericht mit einem Vergleich geendet haben. Danach verpflichtet sich der Hauptpächter, das Gelände bis zum 31.12.2008 komplett zu räumen, einschließlich aller Unterpächter.

Das Tiefbauamt wird den Pächter auffordern, die Asphaltdecke zu entfernen, die am Eingang über Gehweg und Radweg gegossen wurde. Jetzt wird hoffentlich am Tempelhofer Weg und in den anliegenden Wohngebieten wieder Ruhe einkehren.

**Was wird aus der Karl-Marx-Straße?**

**Neuköllns Bündnisgrüne haben Pläne**

**Ein Thesenpapier über die Wiederbelebung der Karl-Marx-Straße als Zentrum des Bezirks**

*Die Entwicklung der Karl-Marx-Straße soll sich einfügen in eine Strategie zur Entwicklung des Neuköllner Nordens insgesamt. Diese kann nicht losgelöst von der sozialen Entwicklung Nordneuköllns gesehen werden und muss auf eine Verbesserung der Bildungs- und Lebenschancen seiner Bewohnerinnen und Bewohner und den Erhalt und Ausbau der Attraktivität des Neuköllner Nordens für eine vielfältige, sozial gemischte Bewohnerstruktur zielen.*

Zielsetzung für die Karl-Marx-Straße und die umliegenden Quartiere ist eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität, die Schaffung und der Erhalt von Räumen des Lernens, der Begegnung und des sozialen Miteinanders sowie eine Aufwertung der Handelsstruktur, welche auf den vorhandenen Ressourcen, insbesondere der vorhandenen ethnischen Ökonomie, aufbaut. Die Karl-Marx-Straße soll wieder ein bezirkliches Zentrum werden, welches über die Nahversorgung hinaus Menschen anzieht, die das Angebot des Einzelhandels, der Gastronomie und der Kultur nutzen.

Die Nutzung der Karl-Marx-Straße als Durchgangsstraße ist mit einer zukunftsweisenden Strategie für das historische Stadtzentrum von Neukölln nicht vereinbar. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen diese Straße und die umliegenden Quartiere verkehrsberuhigt werden.

Das hat Implikationen für bauliche und verkehrsbezogene Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung der Karl-Marx-Straße:

- Eine Attraktivitätssteigerung kann nur in Verbindung mit einer Aufwertung der anliegenden Kieze gesehen werden (z.B. sind die laufenden Aktivitäten um den Richardplatz und im Körnerkiez bei Planungen zu berücksichtigen).
- Der durch Kapazitätsbegrenzung verdrängte motorisierte Individualverkehr darf sich nicht in die östlich und westlich der Karl-Marx-Straße gelegenen Wohngebiete

verlagern. Dort sind flächenhafte Verkehrsberuhigungen notwendig, die eine Durchföhrung verhindern bzw. unattraktiv machen. Soweit dazu erforderlich sind bauliche Veränderungen vorzunehmen: Fahrbahnverswenkungen, Engstellen, Poller, Schwellen, Bepflanzungen, Einbahnstraße, Fahrradstraße, Einfahrtverbot, Abbiegeverbot, „Spielstraße“ (verkehrsberuhigter Bereich).



Heute dominiert der Autoverkehr, von Aufenthaltsqualität keine Spur!

Foto: jüb

Um die Busanbindung des Rollbergviertels, des Hauses des älteren Bürgers und des Kindl-Geländes sicher zu stellen, müssen Busse wie auch der Ost-West-Verkehr weiterhin die Route Erkstraße, Karl-Marx- und Werbellinstraße befahren können.

● Auf der gesamten Länge der Karl-Marx-Straße soll eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 30km/h gelten. Es ist nur je eine Richtungsfahrbahn pro Seite für den Autoverkehr bereit zu stellen. Durchgängige Schutzstreifen für Radfahrer sind einzurichten.

Die Gehwege an der Karl-Marx-

Straße sind überall soweit wie möglich zu verbreitern - gegebenenfalls zu Lasten des „ruhenden Verkehrs“ - und barrierefrei zu gestalten.

Die Parkplätze zwischen den Eingängen des U-Bahnhofes Karl-Marx-Straße müssen aufgehoben werden. Eine Verswenkung der Fahrbahn nach innen zwecks Gehwegverbreiterung sollte geprüft werden.

Die Einfahrten der Nebenstraßen müssen baulich auf das gleiche Niveau wie die Gehwege gebracht werden (Beispiel Uthmannstraße).

Die Nutzungs- und Aufenthaltsqualität sollte durch das Aufstellen von Bänken, Grün- und Baumpflanzungen, eine bessere Ausleuchtung der Gehwege und fußgängergerichte Ampelschaltungen

- soweit letztere überhaupt noch notwendig sind - erhöht werden.

Um eine sichere Überquerung zu gewährleisten, sind die Hochbeete in der Mitte der nördlichen Karl-Marx-Straße (Fuldastraße bis Hobrechtstraße) abzubauen. Der Karl-Marx-Platz sollte beidseitig der Karl-Marx-Straße baulich hervorgehoben und in konzeptioneller Abstimmung mit den Veränderungen am Richardplatz verkehrsberuhigt (die Straße auf einer Seite des Platzes evtl. geschlossen) werden.

Durch Einrichtung einer Fußgängerzone, die neben dem Platz

der Stadt Hof, auch die nördliche Ganghoferstraße und die Richardstraße bis zur „Passage“ umfasst, wird das „Kulturdreieck“ aufgewertet und der Durchgangsverkehr in die Richardstraße unterbunden.

Allerdings muss der Zu- und Abfluss des Anliegerverkehrs am Richardplatz möglich sein, z.B. über Richardstraße, Kanner Straße, Unstrutstraße bis Saalestraße.

In der Nähe von Einkaufsmöglichkeiten und von Veranstaltungsorten sowie auf Plätzen sind sichere Fahrradabstellanlagen vorzuhalten. Sichere Radverkehrsföhrungen sind auch entlang der Sonnenallee und der Hermannstraße bzw. parallel dazu sicher zu stellen.

In Folge von Maßnahmen der Verkehrsberuhigung in der Karl-Marx-Straße und den umliegenden Quartieren ist sicher auch mit einem höheren Verkehrsaufkommen in der Hermannstraße und der Sonnenallee und mit einer damit einhergehenden stärkeren Belastungen der Anwohnerinnen und Anwohner dort durch Schadstoffe und Lärm zu rechnen. Eine Messung der Belastung ist vorzunehmen, damit gegebenenfalls entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen werden können (z.B. Tempo 30).

Bündnis 90/Die Grünen Neukölln



**Das Neuköllner Tor ist jetzt grün**

Wahrscheinlich wissen nur die wenigsten Neuköllnerinnen und Neuköllnerwo das Neuköllner Tor liegt. Vermutlich, werden manche denken, liegt es irgendwo am Stadtrand... Falsch gedacht. Das Tor befindet sich dort, wo Neukölln schon „mittendrin“ ist, am U- und S-Bahnhof Neukölln! Die S-Bahnbrücke, bisher wenig einladend, weil dunkel, oft dreckig und laut, soll also der Eingang zu unserem Bezirk sein? Wieder falsch, denn das war gestern. Heute und jetzt ist Kunst eingezogen ins Neuköllner Tor: Eine Lichtinstallation des Berliner Künstlers Roland Stratmann sorgt nun dafür, dass die Tristesse unter der Brücke ein Ende hat. Nach Plänen der „Luna. Lichtarchitektur“ wurden die Wände des Brückentunnels „erleuchtet“.



Hinter großen Glasflächen leuchten fotografische Großaufnahmen von Baumrinden aus insgesamt 74 Neuköllner Straßen, die alle nach Orten in Deutschland benannt sind: Schierker, Schandauer oder Braunschweiger Straße. Keine der Straßen ist weniger als anderthalb Kilometer vom Neuköllner Tor entfernt. Und ein Baum aus jeder Straße gibt die in grün gehaltene Struktur seiner Rinde in einem Fenster in der Brückenkonstruktion preis. Diese Fenster können später, wie der Neuköllner Baustadtrat Thomas Blesing (SPD) erläutert, auch als Ausstellungsvitrinen genutzt werden. Das so gestaltete Neuköllner Tor unter der denkmalgeschützten S-Bahnbrücke hat als Kunstprojekt im Rahmen des Programms „Stadtumbau West“ rund 380.000 Euro gekostet... jüb

**[Aktion! Karl-Marx-Straße]:**

**Wir wollen ein junges und buntes Hauptzentrum sein!**

Das jedenfalls hat sich die [Aktion! Karl-Marx-Straße] als Entwicklungsziel für ein Namensgeberin vorgenommen. Ausrufungszeichen und ehrgeizige Zielstellung sind Programm der Initiative aus „lokalen Akteuren“, also Händlern, Gewerbetreibenden und Grundstückseigentümern. Denn die Karl-Marx-Straße wird als eine von fünf Gewinnerinnen des Wettbewerbs Aktive Stadtzentren ab Januar 2009 gefördert werden.

Das Bund-Länder-Programm Aktive Stadtzentren will auch Berliner Zentren und Geschäftsstraßen für die ansässige Bevölkerung und für Nutzerinnen und Nutzer, und nicht zuletzt auch für private Investoren attraktiver machen. Berlins Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) hatte dazu - unterstützt von einem Kreis ausgewiesener Fachleute - fünf Zentren ausgewählt, die in den kommenden Jahren gefördert werden sollen. Es beginnt 2008 mit der Turmstraße (Moabit) und der Marzahner Promenade. In 2009 sollen dann die City-West (Charlottenburg-Wilmersdorf), die Müllerstraße (Wedding) und die Karl-Marx-Straße (Neukölln) folgen.

Mit dem Programm Aktive Stadtzentren werden bereits bestehende Städtebauförderungsprogramme wie Soziale Stadt, Stadtumbau-Ost und -West, Städtebaulicher Denkmalschutz sowie „klassische“ Sanierungsverfahren sinnvoll ergänzt

und mit Schwerpunktsetzungen versehen. Dabei ist es für Neukölln besonders interessant, dass auch das sogenannte Hinterland, also die angrenzenden Kieze, mit in die Maßnahmen einbezogen werden können und sollen.

Erste sichtbare Erfolge hat die Initiative schon zu verzeichnen: So stellt die Umgestaltung der Passage im Rahmen des vielfältigen Erneuerungsprozesses der [Aktion! Karl-Marx-Straße] ein erstes wichtiges Pilotprojekt dar, das maßgeblich die weitere Entwicklung in der Karl-Marx-Straße beeinflussen wird (siehe auch „Neuköllns schöne Seiten“, Seite 1)

„Die Alte Post – eine neue Welt“ unter diesem Motto fand bereits im Juni 2008 die feierliche Eröffnung der Alten Post als Kulturhaus im Rahmen des Kulturspektakels 48 Stunden Neukölln statt und war ein großer Erfolg. Über 5.000 Besucherinnen und Besucher hatten in diesen 48

Öffnungszeiten Kunst und Kultur in der Alten Post erlebt und genossen. Bis Mitte November werden weitere Kulturveranstaltungen diesen „neuen“ besonderen Ort beleben.



Die Alte Post - eine neue Kulturwelt in der Karl-Marx-Straße.

Foto: jüb

Was will, was wird und was kann die [Aktion! Karl-Marx-Straße] weiter leisten?

Dazu die Initiative selbst:

Sie funktioniert nicht als schnelle Eingreiftruppe, deshalb muss man langfristige qualitätsvolle Beziehungen aufbauen.

Sie will und kann die Geschäftsstraße (weiter) entwickeln.

Sie will eine Beteiligung an dem Umgestaltungsprozess bei Wettbewerben und geplanten Projekten herstellen.

Sie fördert die Entwicklung von

belastbaren Strukturen und eigenen Projekten.

Denn: Neukölln hat eine kosmopolitische Struktur, d.h. es ist ein hervorragender Platz, urbane

Erfahrungen zu nutzen, um gesellschaftliche Integration und sozialen Zusammenhalt zu fördern, als Pilot einer notwendigen Debatte.

**Entwicklungsziele:**

Die Karl-Marx-Straße wird ein junges und buntes Hauptzentrum Berlins sein. Sie soll wieder eine erfolgreiche Einkaufsstraße werden. Um ein erfolgreicher Anziehungspunkt für Handel, Dienstleistungen und Kultur zu sein, müssen Bürger, Verwaltung und Politik ihre Interessen bündeln. Nur durch gemeinsames Handeln

können nachhaltige Verbesserungen erzielt werden.

Dies erfordert einen Dialog. Nur über ein funktionierendes Kommunikationsnetzwerk zwischen allen Handelnden kann dies erreicht werden.

Damit die Karl-Marx-Straße ein bekannter und beliebter Treffpunkt wird, muss die Aufenthaltsqualität verbessert werden. Es gilt, mehr Platz für Fußgänger und Radfahrer zu schaffen.

Der Stadtraum wird zum Erlebnisraum werden, den es sich lohnt zu entdecken. Stadtbild prägende Gebäude sollen durch ihre Außenwirkung und Nutzung stärker herausgestellt werden.

Die Nutzungsvielfalt von Handel, Gastronomie, Kultur, Dienstleistungen und Wohnen wird gestärkt, um ein bunter Ort zu sein.

Die Karl-Marx-Straße ist ein Ort, an dem viele Kulturen zusammenleben und sich begegnen. Eine junge und bunte Karl-Marx-Straße muss kinder- und familienfreundlich sein. jüb

Kontakt über das Internet: [www.aktion-karlmarxstrasse.de](http://www.aktion-karlmarxstrasse.de)



# Grüner radelt auf grünen Routen durch Weißrussland

Von Bernd Szczepanski, verkehrspolitischer Sprecher der Grünen in der BVV Neukölln

**Als mein Verein mobilocal21 im vergangenen Jahr von der Grünen Liga angefragt wurde, ob wir als Kooperationspartner an einem Projekt zur Entwicklung von nachhaltigem Tourismus im Brester Gebiet in Weißrussland/Belarus mitwirken wollen, waren wir zunächst skeptisch. War Belarus nicht dieser dubiose Staat zwischen der EU und Russland, der von einem autoritären Präsidenten Lukaschenko diktatorisch geführt wird, der sich als treuer Vasall Russlands gegen die EU abschottet und Opposition wie auch Presse fest im Griff hält?**

Alles richtig, und doch wollten wir dieses Land einmal selbst kennen lernen und sagten zu. Nach intensiven Vorbereitungen trafen wir unsere Projektpartner zum ersten Mal auf einem von uns veranstalteten Seminar in Berlin. Die MitarbeiterInnen der beiden Brester Universitäten und der Tourismusdirektion der Region stellten sich bald als offene und kritische BürgerInnen Weißrusslands heraus, die mit diesem Projekt nicht nur der ländlichen Bevölkerung eine Einkommensquelle verschaffen, sondern auch zur Öffnung des Landes nach Westen beitragen wollen.

Am 5. Juli war es dann so weit: trotz wenig ermutigender Kontakte mit der weißrussischen Botschaft in Berlin-Treptow, wo wir die notwendigen Visa besorgen mussten, starteten mein Kollege Andreas Brückner (der gut Russisch spricht, was angesichts geringer Deutsch- oder Englischkenntnisse gerade auf dem Lande sehr von Nutzen ist) und ich zu einer 3-wöchigen Fahrrad- und Kanu-Tour nach Brest.

Ich hatte natürlich mein geliebtes Fahrrad mitgenommen, was sich als sehr problematisch herausstellte, denn die grenzüberschreitenden Schlafwagenzüge transportieren ausnahmslos keine Fahrräder, so dass ich in Warschau die Räder abbauen und das Fahrrad in eine Hülle einpacken musste. Das funktionierte, allerdings mussten wir noch einmal 20 Euro für die „fehlende Reservierung“ bezahlen - ohne Quittung, versteht sich. Mein ursprünglicher Plan, an der Grenzstation auszusteigen und die wenigen Kilometer bis Brest auf dem Fahrrad zurückzulegen, war nicht durchführbar, nachdem man mir in der

Botschaft unmissverständlich erklärt hatte, dass eine Grenzüberquerung mit dem Rad gar nicht bzw. nur im 60 km nördlich von Brest gelegenen Naturschutzgebiet gestattet sei. Andreas bekam dann ein in Belarus montiertes Fahrrad aus chinesischer Produktion, ebenso wie die weiteren sieben Teilnehmer der Tour. Drei Polnische Teilnehmer von der Universität Bialistok kamen hinzu, nachdem wir das grenzüberschreitende Naturschutzgebiet Belaveskaja Puszcza erreicht hatten.

## Natur pur, aber Radwege?

Gemeinsam radelten wir durch das nur spärlich besiedelte Land, durch Wald- und Sumpfgebiete. Eine Vielzahl von Vögeln war zu beobachten, auch Reiher und Kormorane, in jedem



Gastfreundschaft wird groß geschrieben im ländlichen Raum. Foto: Bernd Szczepanski

Dorf mehrere Storchennester. Die Qualität der Wege entsprach nicht immer unseren Wünschen, vielfach führte die Tour durch Wald und Feld, manches Mal mussten wir absteigen und die Räder durch tiefen Sand schieben. (Diese Teile der Tour haben

wir inzwischen abgeändert und durch Strecken auf ruhigen Nebenstraßen ersetzt, die allerdings auch nicht immer asphaltiert sind).

Am stärksten haben uns die weißrussischen Dörfer beeindruckt: fast ausschließlich bestehen sie aus den ursprünglichen Holzhäuschen mit bunten Fenstern und Türen, oft mit Schnitzereien verziert. Prachtvoll sind die dazu gehörenden bäuerlichen Gärten, in denen sich eine bunte Blütenpracht entfaltet. Der sterile englische Zierrasen ist hier zum Glück noch weitgehend unbekannt. Selbstverständlich gehört zu jedem Grundstück ein großer Gemüsegarten mit Kartoffeln, Zucchini, Gurken, Bohnen sowie Obstbäumen und Beerensträuchern. Ohne diesen Eigenanbau wäre es der Landbevölkerung kaum möglich, ihre Bedürfnisse zu decken, denn das Einkommen ist außerordentlich gering. Vor allem für Rentnerinnen und Rentner hängt das Überleben von der eigenen Ernte ab.

Es ist daher kein Wunder, dass die jüngere Bevölkerung das Land verlässt



Das Fahrrad ist hier all-taugliches Transportmittel

Foto: Bernd Szczepanski

unsrige sollen dazu beitragen, der Dorfbevölkerung eine zusätzliche Einkommensquelle zu erschließen und damit das Dorfsterben aufzuhalten. Was unsere Reise zu einem besonderen Erlebnis machte, war der überwältigende Empfang durch unsere dörflichen GastgeberInnen. Zwar mussten wir meist auf den gewohnten Komfort verzichten, nur selten gibt es ein Badezimmer mit Dusche und fast alle benutzen das übliche „Plumpsklo“, da die Dörfer nicht an eine Kanalisation angeschlossen sind. Aber die herzliche Begrüßung durch die gesamte Familie lässt diese Unannehmlichkeiten schnell vergessen. Bei einigen Gastgebern gab es auch eine traditionelle russische Sauna, was nach einer Radtour oder stundenlangem Paddeln natürlich eine herrliche Entspannung ist. Ein weiteres Highlight unserer dörflichen Tour war das Essen! Kaum waren wir angekommen und hatten uns in Zimmern oder Zelten etabliert, bog sich der Tisch unter den verschiedensten Köstlichkeiten: Blini, Pelmeni, selbstgemachte Würste, Kartoffelpuffer, gebackene Zucchini, eingelegte Gurken, Himbeeren, Marmelade, und, und, und.

## DDR-Erinnerungen

Natürlich gab es auch negative Seiten. Die obligatorische Anmeldung bei autoritär auftretenden Behörden lässt beklemmende Erinnerungen an die DDR aufkommen, ebenso wie die Grenzkontrolle am Brester Bahnhof, wo man wie einst im Bahnhof Friedrichstraße hinter dicken

Glasscheiben abgefertigt wird. Der Verkehr in den Zentren entspricht dem in anderen osteuropäischen Städten. Fußgänger und Radfahrer haben sich dem Autoverkehr unterzuordnen (wobei allerdings Schwellen zur Verlangsamung des Autoverkehrs in Wohngebieten kein Fremdwort sind, wie leider bei uns in Neukölln). Glücklicherweise werden Radfahrer auf den Land- und Dorfstraßen respektiert, was sicher damit zusammenhängt, dass das Fahrrad für die Landbevölkerung ein wichtiges Transportmittel darstellt, denn viele Menschen können sich kein motorisiertes Gefährt leisten.

## Weißrussland ein spannendes Erlebnis

Insgesamt kann ich nur ein positives Resümee unserer Reise ziehen und ich war ganz sicher nicht das letzte Mal in Belarus. Weißrussland ist kein einfaches Reiseland, aber gerade das ist für Reiselustige, die sich gern abseits ausgetretener Pfade bewegen, ein spannendes Erlebnis. Alle Menschen, die wir trafen, waren herzlich und offen, die meisten stehen dem Lukaschenko-Regime kritisch oder ablehnend gegenüber. Obwohl in jedem Dorf ein Denkmal an den Überfall durch die faschistische deutsche Armee und die Opfer erinnert und das Gedenken daran eine große Rolle spielt, spürten wir Deutsche keine Vorbehalte oder gar Ablehnung sondern große Bereitschaft, mit uns über die Vergangenheit aber noch stärker über eine gemeinsame europäische Zukunft zu diskutieren.

## Fliegen zum Klima-Preis Flugverkehr gehört in Emissionshandel

**Kein Verkehrsmittel hat in den vergangenen Jahren ein solches Wachstum erlebt wie das Flugzeug. Seit 1990 haben sich in Europa die Fluggastzahlen - und damit die klimaschädlichen Emissionen - verdoppelt, während die CO<sub>2</sub>-Ausstöße der Industrie im selben Zeitraum um 10 Prozent zurückgegangen sind. Zwar hat der Flugverkehr auch heute nur einen Anteil von drei Prozent am weltweiten Gesamt-CO<sub>2</sub>-Ausstoß - eine Zahl, die die Airline-Lobbies nicht müde werden zu erwähnen. Angesichts der Tatsache aber, dass die in rund 10.000 Metern Höhe ausgestoßenen Schadstoffe drei- bis fünfmal so schädlich sind wie die am Boden, spielt der Flugverkehr alles andere als eine Randrolle.**

Doch bis dato spiegeln sich diese Realitäten keineswegs in der Klimaschutzpolitik wider. Ganz im Gegenteil: Der rasant wachsende Flugverkehr ist beim Kyoto-Protokoll ebenso unberücksichtigt wie bisher im europäischen Emissionshandelssystem. Es war insofern höchste Zeit, dass die Airlines nun wenigstens über den europäischen Emissionshandel am Kampf gegen den Klimawandel beteiligt werden. Ein erster Schritt, der in seiner Wirkung begrenzt ist, weil die EU weit hinter dem zurück bleibt, was im Emissionshandel für den Luftverkehr notwendig gewesen wäre. Ab 2012 werden Fluggesellschaften

in der Europäischen Union in den Emissionshandel einbezogen. Erfasst werden alle Flüge, die in der EU starten oder landen. 85 Prozent der Verschmutzungsrechte sollen dann laut Gesetz kostenlos verteilt werden, die restlichen 15 Prozent müssen die Airlines ersteigern.

Das EU-Parlament konnte die Vorschläge von Kommission und Rat damit zumindest an einigen Stellen verschärfen, weil diese zunächst den Airlines 90 Prozent der Zertifikate schenken und die Obergrenze auf 100 Prozent der so genannten historischen Emissionen festlegen wollten. Damit wäre das heutige Verschmutzungsniveau in seinen

Werten fast unangetastet geblieben. Dabei wären noch viel weitreichendere Maßnahmen notwendig, um die klimaschädlichen Ausstöße des Flugverkehrs spürbar zu senken. Denn dessen Hauptkonkurrent, die Bahnen, sind über ihren Stromverbrauch schon längst am Emissionshandel beteiligt. Darüber hinaus zahlen sie Steuern auf ihre Kraftstoffe. Ihre internationalen Tickets werden durch die Mehrwertsteuer von Staats wegen verteuert, in Deutschland um 19, in Belgien zum Beispiel um 21 Prozent. Die Airlines hingegen sind von alledem befreit. Unfairer kann ein Wettbewerb kaum sein.

Der hohe Kerosin-Preis hat bereits vieles in Bewegung gesetzt. Fluggesellschaften streichen derzeit unrentable Verbindungen, setzen auf mehr Effizienz und fliegen mit gedrosseltem Tempo. Doch auch bei steigenden Preisen behaltendie Airlines noch immer den Wettbewerbsvorteil gegenüber den Bahnen, die ebenfalls mit steigenden - und in ihrem Fall voll besteuerten - Energiepreisen zu kämpfen haben. Die Politik muss hier faire Wettbewerbsbedingungen schaffen. **Damit wir künftig zum Klima-Preis fliegen - und nicht länger zum Taxi-Preis.**

Michael Cramer

## Lärminderung ist möglich

**Weniger Lärm gleich mehr Lebensqualität. Fundierte Gutachtern und ein Lärminderungsplan in der Senats-Schublade nützen lärmgeplagten Menschen nicht.**

Schon im Luftreinhalteplan von 2005 und im Stadtentwicklungsplan Verkehr (STEP) stehen: Tempo 30, mehr Radstreifen auf der Straße, gasbetriebene Kraftfahrzeuge und natürlich Parkraumbewirtschaftung und Baumpflanzungen. Aber der rot-rote Senat flüchtet sich in kleine Modellprojekte. Die in den Gutachten empfohlene Ausweitung von Tempo30-Strassen hingegen hat die

**Geräuschbelastung im Straßen- und Schienenverkehr**  
**Der Straßenverkehr ist die dominierende Geräuschquelle für den überwiegenden Teil der Bevölkerung.**  
**Nach Berechnungen ist durch Straßenverkehr knapp die Hälfte der Bevölkerung mit Lärmpegeln, bei denen Beeinträchtigungen des physischen und sozialen Wohlbefindens zu erwarten sind, belastet.**

Verkehrssenatorin bereits verhindert. Die Berliner Grünen haben schon mehrfach den Senat aufgefordert, kostengünstige Maßnahmen zügig stadtweit und mit den Bezirken abgestimmt umzusetzen. Und Fahrbahnsanierung, Verkehrsberuhigung, Radspuren und mehr Straßengrün müssen in die bezirklichen Investitionsprogramme noch integriert werden.

Denn aus dem Desaster bei der Umsetzung der Umweltzone sollte der Senat gelernt haben: Die Maßnahmen zur Reduzierung von Lärmbelastungen und Luftschadstoffen müssen aufeinander abgestimmt sein. Dann werden sie von der Bevölkerung auch nicht als Schikane gesehen, sondern als Beitrag zum Gesundheitsschutz begrüßt. Rot-Rote Glaubwürdigkeit zum Lärmschutz muss sich auch beim Fluglärm beweisen. Man kann nicht Lärminderungspläne verabschieden und gleichzeitig das Nachtflugverbot beim BBI Schönefeld einschränken. Gleiches gilt für das rot-rote Autobahnprojekt A 100 - wer Autobahnen baut, erntet Lärm und leistet keinen Beitrag zum Lärmschutz.

jüb

# Weltkulturerbe kommt nach Britz

## Hufeisensiedlung findet „weltweit positive Beachtung“

In einem Atemzug genannt zu werden mit dem Aachener und dem Kölner Dom, der Berliner Museumsinsel und der Wartburg ist schon etwas Besonderes. Dieses Prädikat können sich jetzt sechs Berliner Siedlungen der zwanziger Jahre anheften, darunter auch die Hufeisensiedlung im Neuköllner Ortsteil Britz: Weltkulturerbe der Unesco.



Darf sich mit dem Titel „Weltkulturerbe“ schmücken, die Hufeisensiedlung in Britz.

Foto: Repra

Als der Begriff „sozialer Wohnungsbau“ in Berlin noch wie ein Fremdwort klang – zur Zeit der Weimarer Republik – wurden die jetzt denkmalgeschützten Siedlungen gebaut. Und die Hufeisensiedlung, damals gern auch als „Gartenstadt“ und „erste Großsiedlung in Berlin“ bezeichnet, wurde zum ersten Beispiel für sozialen Wohnungsbau in Berlin. Auf dem ehemaligen Rittergut Britz war zunächst eine Siedlung mit rund 1000 Wohnungen geplant. Der Architekt Bruno Taut und der Neuköllner Stadtbaurat Martin Wagner waren für die Planung verantwortlich.

So entstanden nach ihren Plänen im Stil des *neuen Bauens* zwischen 1925 und 1933 insgesamt 1072 Wohnungen: Einfamilienhäuser und dreigeschossige Mietshäuser, jedes Haus mit einem Mietergarten. Zentrum der Siedlung bildete und bildet noch heute „das Hufeisen“ (siehe Bild). Die Siedlung hat über die Jahrzehnte nichts von ihrem kleinteiligem Charme eingebüßt und ist trotz „kleiner Wohnungsgrößen“ bei den Bewohnerinnen und Bewohnern sehr beliebt. In den Neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts ist die Siedlung saniert und unter Denkmalschutz

gestellt worden. Die Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung unterstützte von Anfang an Bemühungen, dieses Highlight Neuköllner Baugeschichte auf die Unesco-Liste des Weltkulturerbes zu setzen.

Ein im Herbst 2007 gegründeter Verein der „Freunde und Förderer der Hufeisensiedlung Berlin-Britz“ mit dem Anspruch und Ziel, „der Verantwortung für die Lebensqualität der sich rasch verändernden Siedlung gerecht zu werden“, machte schon vor Bekanntgabe der Entscheidung der Unesco mit einem für „Neuköllner Bescheidenheit“ typischen Vorschlag auf sich aufmerksam: Die BVG solle doch – bitteschön – den U-Bahnhof Parchimer Allee in Hufeisensiedlung umbenennen...

O-Ton Vereinsvorsitzender Christoff Jeschke: „Alle Welt schaut auf Berlin, doch jeder wird sich fragen, wo ist die Hufeisensiedlung, und wie kommen wir dahin?“

Dass die Welt auf Berlin schauen möge, hatte schon der Vater des Vereins-Schirmherren, Ernst Reuter, der Welt geraten, denn kein geringerer als der ehemalige Daimler-Benz-AG-Boss Edzard Reuter, selbst Ehrenbürger Berlins, hat die Funktion eines Schirmherren übernommen.

Auch Neuköllns Baustadtrat Thomas Blesing (SPD) freut sich darüber, dass durch die Aufnahme der Hufeisensiedlung in die Weltkulturerbe-Liste „der Bezirks weltweit positive Beachtung“ findet. Recht hat er. *jüb*

## Straßenbau transparent und preiswert machen

Das Straßenausbaubeitragsgesetz muss auf den Prüfstand. Denn seit es dieses Gesetz gibt, fällt den Bezirken vermehrt ein, wo noch „Straßenbaubedarf“ besteht. Die Anlieger können ja an den Kosten beteiligt werden! Und oft wird Luxus gleich mitgeplant. Art und Umfang der Ausbauplanung sind für Bürgerinnen und Bürger auch nicht immer nachvollziehbar. Vom Gesetz vorgesehene Ausbauplanungen sind manchmal ganz bewusst unattraktiv dargestellt. Dazu erklärt Andreas Otto, bau- und wohnungspolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus: „Das Straßenausbaubeitragsgesetz ist zwei Jahre alt und damit sehr jung. Die rot-rote Koalition hat sich damit schwer getan. Und noch immer ist das Chaos groß. Es gibt immer noch keine Ausführungsvorschriften.“

Aber dafür werden von der Senatsverwaltung Rundschreiben an die Ämter geschickt und bald wieder zurückgezogen. Die Abgrenzung zu den Erschließungsbeiträgen für die erstmalige Herstellung von Straßen und Teileinrichtungen ist nicht immer klar. Verschiedene Gerichtsurteile machen die politischen Fehler deutlich. Außerdem hatten im Wahlkampf einige Koalitionspolitiker verbreitet, dass sowieso kaum Straßen umgebaut würden und das Gesetz nur geringe Relevanz habe. Diese Behauptungen waren offenbar falsch. Viele Bezirke bereiten inzwischen immer mehr grundsätzliche Erneuerungen von Straßen vor. Zwei Jahre sind zu kurz, um Straßen zu planen, fertig zu stellen und

auch abzurechnen. Insofern liegen unvollständige Erfahrungen vor. Deutlich ist aber, dass insbesondere bei Anliegerstraßen die Lösungen im Rahmen der Bürgerbeteiligung meist kostengünstiger werden. Die Ämter planen nicht im luftleeren Raum, sondern müssen ihre Vorhaben mit den Interessen vor Ort abgleichen. Wir werden im Ausschuss für Bauen und Wohnen eine Anhörung der Bezirke zu dem Thema beantragen und die bisherigen Verfahren, insbesondere in Hinblick auf Ausbaustandards diskutieren. Der Senat muss endlich Ausführungsvorschriften erlassen.“ Die Neuköllner Grünen werden die Gesetzgebung nochmals diskutieren. *Aus Grüner Presseerklärung*

**Ja, ich abonniere den Neuköllner Stachel**

und habe mindestens 5,- € (Porto für ein Jahr) auf das Konto des Ortsverbandes Bündnis90/Die Grünen Neukölln, Konto: 1470 00 5529 bei der Berliner Sparkasse, BLZ 10050000, Kennwort „Stachel“, überwiesen.

Ich möchte nicht nur ein, sondern \_\_\_\_\_ Exemplare pro Ausgabe, ohne mehr zu zahlen.

Ich möchte Mitglied werden

Vorname, Name \_\_\_\_\_ Straße \_\_\_\_\_ Wohnort \_\_\_\_\_

Einsenden an: Bündnis 90/Die Grünen Neukölln  
Postfach 440629, 12006 Berlin

**A 100 stoppen!**

Kein Weiterbau durch Neukölln, Treptow und Friedrichshain.

**Sie bestimmen mit!**

## Alt-Rudow wird neu

Erster Bauabschnitt einer unendlichen Geschichte



Seit Anfang Mai wird in der Straße Alt-Rudow gebuddelt. Den Anfang machten – siehe Bild oben – der Neuköllner Baustadtrat Thomas Blesing und die Vorsitzende der AG Rudow, Sabine Zanoni. Damit geht, das jedenfalls hoffen die Rudowerinnen und Rudower, eine langjährige Geschichte in das nächste Kapitel.

Bereits Ende der Achtzigerjahre wollten die damals für das Bauen im Bezirk Neukölln verantwortlichen Baustadträte, erst Wolfgang Branoner, dann Professor Bodo Manegold, Alt-Rudow in einem Projekt „Unser Dorf soll schöner werden“ seinen dörflichen Charakter wiedergeben. Hatten sie doch vorher mit dem Aus- und Neubau der Neuköllner Straße in Richtung Waltersdorfer Chaussee die Straße Alt-Rudow von ihrer Funktion als Durchgangsstraße in Richtung Schönefeld befreit. Dann setzte die „Wende“ andere Prioritäten. Und Alt-Rudow, so schien es, fiel in einen Dornröschenschlaf... Man begann der Straße mehr und mehr ihr Alter anzusehen. Radfahrer,

Ursachen für dieses Unbehagen. Doch nun passiert etwas: Die Straße wird von Grund auf erneuert und dabei werden auch die Gehwege und Parkbuchten neu angelegt. Hinzu kommen attraktivitätssteigernde Elemente durch die Neuausstattung der angrenzenden Flächen mit Bänken, Fahrradständen usw. Zudem werden die Berliner Wasserbetriebe und der Gasversorger in den Untergrund gehen, um etliche Kanalleitungen zu erneuern. Die Wasserbetriebe haben bereits in einem viel beachteten Verfahren eine Abwasser-Druckleitung verlegt: Wie eine monströse Schlange ist die Leitung in den Untergrund gedrückt worden. Und wie geht es weiter? Baustadtrat Thomas Blesing: „Ich sehe nun frohen Mutes den kommenden drei Jahren entgegen, die sicherlich nicht immer ganz einfache Situation in Zusammenarbeit mit den Geschäftsleuten vor Ort zu meistern, um dann ganz nach dem Slogan „Rudow 2010“ für die Straße Alt-Rudow in eine neue Zeitrechnung einzutreten.“ Die Rudower tragens bislang mit Fassung.



Wie ein riesiger Lindwurm frisst sich die Abwasserleitung in den Rudower Untergrund.

Foto: Jüb

in Rudow keine Minderheit, und besonders auch Fußgänger mochten sich auf dieser Straße nicht mehr fortbewegen. Ein Fahrbahnbelag, dem man das einstige Vorhandensein von Straßenbahnschienen stellenweise noch deutlich ansah, und viel zu schmale und „löchrige“ Gehwege vor ungepflegten Vorgärten waren die

Übrigens: Der Neubau der Straße Alt-Rudow wird Anliegern/Eigentümern, unterschiedlich tief in die Tasche greifen. Das „Zauberwort“ heißt Straßenausbaubeitragsgesetz, aber davon werden Anlieger der neuen Straße erst nach 2010 betroffen. Das ist die Rudower Agenda 2010!

jüb





Unter der Lupe

Wie es Euch gefällt...

Es ist nicht überliefert, ob Shakespeare ein entfernter Vorfahre des FDP-Fraktionsvorsitzenden im Berliner Abgeordnetenhaus, Martin Lindner, ist. Es fällt jedoch auf, dass der Freidemokrat sich gelegentlich in dem großen Dichter sehr ähnliche Wortkombinationen ergeht. Was Ihr wollt, will er vom Senat wissen, den er am liebsten als Widerspenstige(n) zähmen will, weil: der ist ihm zu rot, zu proletarisch und zu grün! Was Ihr wollt könnte auch über der Gesetzgebung zu Bürgerentscheiden stehen. Der haben der Lindner und die Liberalen, weil sie für die Bürger und die Bürgerlichen sind, zugestimmt. Doch nun meckert Lindner genau darüber, was die Bürger wollen. Die wollen nämlich die „Mediaspree versenken“. Diesen Erfolg der Initiatoren des Bürgerentscheids nennt der FDP-Mann nun „schwachsinnig“. Und die, die diesen Erfolg möglich gemacht haben, die engagierten Bürger also, sind für Lindner nichts weiter als „aufgehetzte Hartz IV-Empfänger“. Die sind auch schuld, wenn Tausende neuer Jobs an der eingezäunten Spree nicht entstehen. Und deshalb seien die Großinvestoren schon richtig böse! Und nun solle der Senat mal die Sache übernehmen, zum Teufel mit des Bürgers Entscheid! Derselbe Martin Lindner, liberal und Bürgerfreund, hat vor ein paar Wochen denselben Senat und dessen Chef Wowereit, schon vor dem Bürgerentscheid zum Flughafen Tempelhof aufgefordert: „Entweder er setzt den Bürgerwillen um, oder er geht. Ein einfaches Ignorieren ist nicht möglich!“ Man erinnert sich: Der Volksentscheid scheiterte. So sieht liberale Bürgerfreundlichkeit aus? Immer nur „wie es Euch gefällt“? Oder mit Shakespeare: Viel Lärm um nichts! Meint: Jürgen Biele



# Des Stachels bunte Seite

## Eine gute Idee: Weg der Erinnerung Radeln auf dem Mauerweg mit Neuköllns Baustadtrat

Im nächsten Jahr wird es zwanzig Jahre her sein, dass rund um Berlin ein monströses Bauwerk, die Berliner Mauer, die damaligen Westberliner daran hinderte, ihre Stadt „insgesamt“ zu erleben. Heute ist sie nur noch in Spuren erkennbar. Die Entwicklung der Stadt hat sich nach der Wende derart rasant vollzogen, auch in Neukölln, dass man sich nur schwer an den genauen Verlauf der Mauer erinnern kann. Diese Erinnerung aufzufrischen und zugleich die Entwicklung unseres Bezirkes in diesem Bereich erkennbar zu machen, hatten sich der Neuköllner Baustadtrat, Thomas Blesing (SPD), und seine Verwaltung vorgenommen. Auf ihre Einladung sollte per Fahrrad der „Mauerweg“ im Neuköllner Abschnitt erkundet werden...



Stadtrat Blesing erläutert sach- und fachkundig Streckenführung und Sehenswertes. Foto: jüb

Rund 160 Kilometer lang war die Mauer rund um West-Berlin, allein 40 Kilometer davon ging sie mitten durch die Stadt, davon sind acht Kilometer durch eine doppelte Kopfsteinpflasterreihe mit der Inschrift „Berliner Mauer 1961–1989“ markiert. Schon bald nach dem Fall der Mauer hatte sich der ADFC, unterstützt von Umwelt- und Verkehrsinitiativen dafür stark gemacht, den ehemaligen Mauerstreifen zu einem Fahrradweg um- und auszubauen. Viele Probleme mussten gelöst werden, vielfach ging es um Grundstücks-Eigentumsfragen, waren doch viele Grundstücke von den Erbauern des „antifaschistischen Schutzwalls“, wie es im Jargon der SED hieß, rücksichtslos enteignet worden. Und die erwartete Rückgabe an die Eigentümer war im sogenannten Einigungsvertrag DDR/BRD im September 1990 schlichtweg vergessen worden. Sie scheiterte endgültig am Widerstand Kanzler Kohls und der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

Der Berliner Mauerweg wurde in den Jahren 2002 bis 2006 unter Federführung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung realisiert, Gesamtkosten 4,4 Millionen Euro.

Die Geschichte um diesen Berliner Mauerweg ist untrennbar verbunden mit dem Namen des einstigen Verkehrsexperten der grünen Abgeordnetenhausfraktion und heutigen Europaabgeordneten Michael Cramer. Und auch mit Neukölln ist sein Name

– und nicht nur der – verbunden: Cramer war Lehrer in Neukölln bevor er in die Politik wechselte, seine Schülerinnen und Schüler am Ernst-Abbe-Gymnasium und am Albrecht-Dürer-Gymnasium erinnern sich noch an den quirligen Sportlehrer. Der fahrradbegeisterte Michael Cramer – er verzichtet bewusst seit 20 Jahren auf ein Auto – ließ es sich nicht nehmen, auch an der „Mauerrundfahrt mit dem Neuköllner Baustadtrat“ teilzunehmen. Er begann gleich mit einem dicken Lob für den Stadtrat Thomas Blesing: Er sei der erste Berliner Stadtrat, der seine Verwaltung und die Öffentlichkeit zu einer solchen Fahrradtour auf einem Abschnitt des Mauerweges einlädt, und diese Aktion sei nachahmenswert. Die Tour umfasste etwa 23 km und führte an unterschiedlichen und interessanten Baustellen des Bezirkes aus Gegenwart und der Vergangenheit vorbei.

Und hier ging es lang:

Es begann am Dammweg, dann entlang des Heidekampgrabens, ein überörtlicher Grünzug, der in 2000 neu gestaltet wurde und Treptow mit Neukölln verbindet. Bald kreuzt der Mauerweg die Sonnenallee. Hier hat die ehemalige Grenzübergangsstelle erst nach der „Mauerzeit“ Aufsehen erregt: Der Film „Sonnenallee“ machte diese Straße deutschlandweit bekannt. Für radelnde Geschichtsinteressierte sollte die Querung des Mauerweges an der Sonnenallee durch ein Straßenschild optisch hervorgehoben werden. Auf dem ehemaligen Grenzstreifen ging es weiter über Neuköllnische und Britzer



Michael Cramer „fachsimplt“ über Verbesserungen des Mauerweges mit Wieland Vofkamp, Leiter des Neuköllner Tiefbauamtes. Foto: jüb

nun durch den Bau der Autobahn zementiert. Diese Autobahn verfügt - wie keine andere - über einen extra Radstreifen auf einer Brücke nahe Rudow. Hier überquerten die radelnden Neuköllner den Teltowkanal und näherten sich der Rudower Höhe: Ein 28 Meter hoher Trümmerberg, bis 1958 auch Müllkippe, seit 1972 rekultiviert dient er jetzt als Naherholungsgebiet.

Etwas abseits stehen zwischen Rudow und Altglienicke noch Teile der Hinterlandmauer. Zum 40. Jahrestag unter Denkmalschutz gestellt, sind die Mauer-Reste schon stark zerstört.

Südlich der Rudower Höhe verlief von einer Radarstation der US-Streitkräfte ausgehend der Berliner Spionagetunnel zur Schönefelder Chaussee in Altglienicke im sowjetischen Sektor. Der Tunnel verschaffte dem amerikanischen und britischen Geheimdienst Zugang zu Telefonkabeln der sowjetischen Streitkräfte. Bis zu seiner Entdeckung im April 1956 war der Tunnel 11 Monate in Betrieb. Heute durchqueren Mauerwegradler eine an dieser Stelle gebaute Wochenendsiedlung.

Eine nächste Station ist der ehemalige Grenzübergang Waltersdorfer Chaussee, den West-Berliner, Bürger der Bundesrepublik und Ausländer seit 1963 benutzten, um zum Flughafen Schönefeld zu gelangen. Weiter führt der Weg über den West-Berliner Zollweg bis zur Schönefelder Straße.

Von hier geht es weiter über den früheren Kolonnenweg der DDR-Grenzer, der nur aufgrund der dortigen Eigentumsverhältnisse bislang nicht als offizieller Mauerweg ausgeschildert werden konnte.

Weiter auf dem ehemaligen Zollweg (West) bis zur Kreuzung Kölner Damm. Dort bestand ein provisorischer Übergang in die DDR, der nur für den Transport von Abfällen eingerichtet worden war. Von dort fuhren die Fahrzeuge der West-Berliner Stadtreinigungsbetriebe auf einer eingezäunten Straße zur Hausmülldeponie Großziethen. Diese wird seit Jahren aufwendig renaturiert.

Auf dem asphaltierten Zollweg passiert man Lipschitzallee und Buckower Damm Endstation der bezirklichen Mauerweg-Fahrt war der Drusenheimer Weg. jüb

Damals war's ...



... vor 25 Jahren:

Im September 1983 war im Neuköllner Stachel, Zeitung der Alternativen Liste zu lesen:

Rungiusbad: Millionen Steuergelder verschleudert

Am 1. September stimmte das Abgeordnetenhaus zwei Erbpachtverträgen mit der Unternehmensgruppe Schröder zu, die auf dem Gelände an der Rungiusstraße Wohnungen und ein Luxus-Bad bauen will. Zuvor hatte das Neuköllner Bezirksamt Vertragsverhandlungen mit dieser Spekulantengruppe fortgeführt, obwohl die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) mit den Stimmen von AL und SPD beschlossen hatte, die Verhandlungen über ein privates Bad abzubrechen (und stattdessen weiter den Bau eines öffentlichen Bades anzustreben). Auch eine Teilgenehmigung für den Bau der Wohnungen wurde vom Bezirksamt entgegen den Beschlüssen der BVV erteilt. Die BVV mißbilligte zwar mit der Mehrheit von AL und SPD die Amtsführung von Bezirksbürgermeister Kriedner (CDU), nichtsdestotrotz soll das Projekt verwirklicht werden. Den Steuerzahler wird das Millionen an Subventionen kosten, Kleingärtner müssen ihr Gelände verlassen und 15 DM Eintritt für das Luxus-Bad werden sich wohl nur die wenigsten Neuköllner leisten können.

Ein öffentliches Bad kann angeblich nicht gebaut werden, weil gespart werden muss. Für ein Privatbad mit horrenden Eintrittspreisen hat der Senat dagegen allemal ein paar Millionen locker!?

Es ist zu hoffen, dass es langsam auch den CDU-Politikern dämmert, die im Senat und im Neuköllner Bezirk die Mehrheit stellen, dass sie mit ihrer Subventionspolitik Berlin langsam auf den Hund bringen, weil die westdeutschen Bürger nicht mehr einsehen können, dass ihre Steuergelder in Berlin in die Rachen von Spekulationshaien fließen. Auch die Berliner Bevölkerung ist schon seit Jahren nicht mehr bereit, diese zügellose Verschleuderung ihrer Steuergelder hinzunehmen...

Wir warten gespannt auf den ersten Swimmingpool in privater Trägerschaft, davon Sozialwohnungen umstellt ist und auf einer großen Fläche steht, die im Flächennutzungsplan als Grün- und Badefläche und im Bebauungsplan als Nicht-Bauland ausgewiesen ist.

Der letzte Punkt

Wenn Politiker - auch Bezirkspolitiker - streiten, fliegen manchmal schon die Fetzen. Das war kürzlich einigen jüngeren Bezirksverordneten in der BVV Neukölln zuviel. Sie verfassten parteiübergreifend einen „offenen Brief“ an die BVV und forderten Sachlichkeit und zivilere Umgangsformen untereinander. „Persönliche Beleidigungen bis unter die Gürtellinie und emotionale Debatten...?“

Das ist ja wirklich das letzte!

